

Freitag, 17. Monat 2021
896/2021

Rechter Aufzug: Stadt legt Beschwerde beim OVG ein

Das Verwaltungsgericht Braunschweig hat heute den für morgen vom Hauptbahnhof zum Frankfurter Platz und zurück geplanten Aufzug unter dem Motto „Kein frohes Fest für Volksverräter“ für zulässig erklärt. Die Stadt Braunschweig, die den Aufzug untersagt hatte, wird gegen diesen Beschluss Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg einlegen.

Oberbürgermeister Dr. Thorsten Kornblum: „Wir werden konsequent alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um diesen Aufzug zu verhindern.“

Nach Auffassung der Stadt würde der Aufzug die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedrohen und insbesondere für die Bewohnerinnen und Bewohner des westlichen Ringgebiets eine Gefährdung darstellen. Bei der Versammlung mit bis zu 100 Teilnehmenden als Aufzug mit Zwischenkundgebungen käme es in der aktuellen Phase des Corona-Infektionsgeschehens aller Wahrscheinlichkeit nach zu erheblichen Verstößen gegen die Hygieneregeln. Das wäre mit erheblichen gesundheitlichen Risiken verbunden.

P R E S S E I N F O R M A T I O N

Referat Kommunikation
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

E-Mail
kommunikation@braunschweig.de

Telefon
(05 31) 470 - 22 17
(05 31) 470 - 37 73
(05 31) 470 - 27 57
Telefax
(05 31) 470 - 29 94

Internet
braunschweig.de
Soziale Medien
 facebook.com/stadtbraunschweig
 twitter.com/Stadt_BS
 instagram.com/braunschweig.de